

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1933**

38 (30.3.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890509](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890509)

# Nachrichten

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließfach 17

Nummer Nr. 890

Nr. 38

Elsfleth, Donnerstag, den 30. März

1933

### Nationale Fettwirtschaft

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Neuordnung der deutschen Fettwirtschaft hat verschiedentlich, vor allem in den Verbraucherkreisen, Befürchtungen geweckt, als würde dadurch eine wesentliche Verteuerung der Butter eintreten müssen. Diesen Befürchtungen ist Staatssekretär von Reichs- und Reichsernährungsministerium in einer Erklärung entgegengetreten, die er vor der Presse abgab. Er erklärte, daß beabsichtigt sei, nur ein La n g s a m e s Anziehen des Butterpreises auf das für die Landwirtschaft unbedingt notwendige Maß herbeizuführen. Es sei jedenfalls unangebracht, wenn der Großhandelspreis für Butter im Laufe des nächsten Jahres von 120 auf 80 Pfennig für das Pfund gemindert sei. Denn dadurch muß die deutsche Viehwirtschaft vermindert werden, nachdem sie mit großer Mühe und großen Kosten nach dem Abbruch des Krieges und der Zwangslieferungen für die Feindmächte allmählich wieder aufgebaut werden konnte. Der Kanzler hat in seiner Programmklärung davon gesprochen, daß die Verbraucher durch die Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft Opfer bringen und Härten in Kauf nehmen müßten. Das sei die der Landwirtschaft schuldige, die das sicherste Bollwerk gegen den Bolschewismus abgegeben hat.

Das Reichsarbeitsministerium hat es übernommen, den Preis derjenigen Fettverbraucher festzustellen, die nicht im Handel sind, für das billige Kunstfett, das heute für etwa 25 Pf. das Pfund erhältlich ist, künftig 25 Pf. mehr, also das Doppelte, zu bezahlen. Es wird sich im wesentlichen um die Bezüge von Kriegsbefähigten, Sozial-, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsrenten sowie um ihre Familienangehörigen handeln. Diese Verbrauchergruppen machen etwa 20 bis 25 Millionen Menschen, mithin etwa ein Drittel des deutschen Volkes, aus. Der Ertrag der „Ausgleichsabgabe“ von ausländischen Fetten und Ölen soll in voller Höhe 180 bis 200 Millionen RM zur Verbilligung der ein- und zweifachen Sorten Margarine für die am wenigsten tauffähigen Bevölkerungsteile verwendet werden. Dies soll durch Fettgeldkarten geschehen, die Guthabende in Höhe von 25 Pf. auf je ein Pfund Fett darstellen. Die Einzelheiten der Fettgeldkarten-Zuteilung stehen noch aus.

Die Reichsregierung möchte tiefere Eingriffe in die Fettwirtschaft und besonders in die Margarineherzeugung vermeiden. Wenn sich aber schädliche Schwierigkeiten oder gar sabotageartige Störungsversuche herausstellen sollten, würde die Reichsregierung von Ermächtigungen Gebrauch machen, die sie sich vorzulegen erteilt hat. Maßnahmen solcher Art wären das Verbot, die Margarine nach Art der Butter zu färben und sie mit Butteraroma zu versehen. Ueberhaupt soll die Verbraucher durch Aufklärung und Propaganda für verlässlichen Konsum deutscher Edelfette gewonnen werden. Geschäftsführer kann aufgestellt werden, die Verwendung von Margarine zur Speisefabrikation den Gästen ausdrücklich kundzutun. Nur wenn alle derartigen Maßnahmen nicht helfen und auch die schweren Strafanordnungen für Verletzungen und Sabotage wirkungslos bleiben, erwägt die Reichsregierung die nachträgliche Behauptung des Buttereinkaufszwanges für Margarine.

Es besteht kein Zweifel, daß die Zustimmung zu dieser Neuordnung der nationalen Fettwirtschaft nicht leicht geworden ist. Das Ziel muß jeder wollen, nämlich die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft für den lähmenden, ja tödlichen Ertragslosigkeit. Zur Erreichung dieses Zieles können und müssen Opfer verlangt werden. Die Regierung hat schnell und tatkräftig gehandelt. Angesichts der getroffenen Entscheidung muß die Debatte verstummen. Alle Mitkämpfer zur Errettung unseres Volkes aus Not und Elend müssen ihr Bestes tun, um die ergriffenen Maßnahmen zum Erfolg zu führen.

Die von der Regierung Hitler-Hugenberg verwirklichte Regelung der Fettfrage verweist zwei Wege, die bisher besonders eifrig bestritten und in der Hauptfrage abgelehnt worden waren: sie verzichtet 1. auf die Butterbeimischung zur Margarine vornehmlich wegen der von der Kunstfettindustrie erhobenen technischen Bedenken und 2. auf die Behauptung einer Sperre für die Einfuhr von ausländischen Edelfetten (Butter und Schmalz) wegen der dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach entstehenden handelspolitischen Gegenwirkungen. Dagegen geht die Verordnung vom 23. März den Weg der Kontingentierung der inländischen Margarineherzeugung. Sie stellt folgende Ueberlegung an: Wird von der inländischen Margarineherzeugung in einer jährlichen Gesamtmenge von 450 000 Tonnen 40 Prozent = 180 000 T. durch Kontingentierung getätigt, so entsteht in der deutschen Fettverarbeitung ein leerer Raum, der mit hochwertigen inländischen Speisefetten ausgefüllt werden kann.

Der Zweck der Aktion ist es, der deutschen bäuerlichen Erzeugnisse der Fettwirtschaft nicht nur glatteren Verkauf der erregten Butter- und Schmalzmeinen sondern auch bessere Preise zu verschaffen. Darum müssen die rund 120-150 000 Tonnen Edelfett, die an die Stelle der um 180 000 Tonnen verringerten Margarineherzeugung treten sollen, im Preis gegeben werden. Dies kann wieder nur geschehen, wenn der Preisstand zwischen den inländischen Edelfetten und dem billigen Kunstfett für die bessergestellten Verbraucherkreise nicht noch mehr verbreitert wird. Dies soll durch die Be-

lastung aller ausländischen Fette und Öle mit einer Ausgleichsabgabe von 25 Pfg. das Pfund erreicht werden. Aus technischen Gründen wird ein Öl- und Fett-Einfuhr-Monopol (ähnlich dem Maismonopol) eingerichtet. Dadurch werden die deutschen Margarinefabriken gezwungen, ihren gesamten Rohstoffbedarf durch vom Reich autorisierte Stellen zu beziehen. Die Margarineindustrie arbeitet fort durchweg mit ausländischen Rohstoffen.

### Alles für das Volk!

Reichskommissar Kerrl vor den Justizbeamten.  
Berlin, 29. März.

Anlässlich der Ernennung des preussischen Landtagspräsidenten Kerrl zum Reichskommissar für das preussische Justizministerium veranfaltete in den überfüllten Sälen des Kriegervereinshauses die nationalsozialistische Beamten- und Angestelltenchaft der Reichs- und preussischen Justizverwaltung eine Kundgebung, auf der der Reichskommissar für das preussische Justizministerium, Kerrl, das Hauptwort hielt. Nachdem Dr. Freister im Namen der nationalsozialistischen Beamten- und Angestelltenchaft und der Richter ein Treuebekenntnis zum Reichstanzler Adolf Hitler abgelegt hatte, errgriff der Reichskommissar das Wort.

Sein oberstes Ziel sei es, die Spannung zwischen Volk und Justiz zu beseitigen. Mit seiner Ernennung zum preussischen Justizminister sei kein gewöhnlicher Ministerwechsel vollzogen worden, sondern als Kämpfer für die nationale Erhebung habe er sich die Aufgabe gestellt, die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung grundlegend umzugestalten und wieder ein volkstümliches Gemeinschaftsleben aufzubauen, indem die Gesetze des Volkes höher als das Einzelrecht gewertet werden müssten. Dem internationalen Begriff „Weltgesetz“ müssen wieder die nationalen Begriffe Volk, Heimat und Vaterland gegenübergestellt werden.

Sodann ging Reichskommissar Kerrl in längeren Ausführungen auf die Wesensart des Nationalismus und Sozialismus ein und betonte sich zu der Auffassung, daß sich beide nicht wie Feuer und Wasser gegenüberstünden, sondern durch göttliche Ordnung zusammengehörten. Wer national denke, wirke auch sozial. Weiter freite er Redner die Massenfrage und betonte in diesem Zusammenhang, daß unter Erben dahin gehen müsse, die arische Rasse zu erhalten und zu festigen. Der Neubau des Deutschen Reiches müsse aus der Erkenntnis gestiftet werden, in schloß der Minister, daß all unser Handeln allein aus der Pflicht unserem Volke gegenüber, unserem Glauben vor Gott und unserem Glauben an die Zukunft geboren werden müsse. Die Kundgebung schloß mit dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied.

### Grundlegende Veränderungen im Preussischen Justizministerium.

Berlin, 29. März.

Der Kommissar für das Preussische Justizministerium, Kerrl, hat unter anderem folgende personelle Veränderungen im Mitarbeiterstab seines Ministeriums verfügt: Beurlaubt werden die Ministerialdirektoren Dr. Hartwig, Lindemann, Dr. Wirth, weiter: Ministerialdirektor Dr. Bürger und die Ministerialräte Dr. Corring, Dr. Gens, Dr. Goldschmidt, Dr. Hermann, Dr. Preuß.

Mit der kommissarischen Verwaltung der Abteilung I des Justizministeriums wurde der Landtagsabgeordnete Dr. Roland Freyler beauftragt. In organisatorischer Beziehung ordnete der Reichskommissar Kerrl die Einparung einer Ministerialdirektorenstelle an.

### Nationaler Einzelhandel

Unter nationalsozialistischer Führung.

Berlin, 29. März.

Durch das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und dem nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes ist erreicht worden, daß weitaus die Mehrzahl aller gewerblichen Unternehmungen in Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter nationalsozialistische Führung kommt.

Von den etwa 670 000 Betrieben des Einzelhandels, die in ganz Deutschland vorhanden sind, gehören mehr als 400 000 Betriebe der Hauptgemeinschaft an. Die Hauptgemeinschaft bildet die maßgebende Spitzenorganisation für eine große Zahl von einzelnen Fachverbänden des deutschen Einzelhandels. Von der Hauptgemeinschaft sind auch mehrere Vertreter in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat delegiert worden. So nach den neuen Vereinbarungen 51 Prozent der maßgebenden Positionen der Hauptgemeinschaft Nationalsozialisten übertragen werden, dürfte für den endgültigen Reichswirtschaftsrat die Vertretung des Einzelhandels von der NSDAP bestimmt werden. Innerhalb der Hauptgemeinschaft war es übrigens vor einigen Wochen zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf die Warenhäuserbetriebe ihren Austritt aus der Hauptgemeinschaft erklärt hatten.

### Der Zwischenfall in Braunschweig Eine rein lokale Angelegenheit

Braunschweig, 29. März.

Der braunschweigische Innenminister läßt folgende Verfügung veröffentlichen:

„Nach mir vorliegenden Meldungen hat der Stahlhelm im ganzen Lande Braunschweig planmäßig in Massen Mitglieder marschistischer Organisationen aufgenommen. Selbst ganze Ortsgruppen des Reichsbanners und der SPD sind auf Grund von Verhandlungen und Verabredungen geschlossen übergetreten. Der Weiterbestand dieser nunmehr vorwiegend marschistischen Organisation würde eine schwere Gefahr für den Erfolg der nationalen Erhebung bedeuten. Ich löse daher den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten und alle seine Nebenorganisationen im Freistaat Braunschweig mit sofortiger Wirkung auf.“

Wie verlautet, wurden in den ersten Morgenstunden des Dienstag und zweihundert Stahelmer und ungefähr 1150 Marschisten, zusammen also rund 1350 Personen, im Gebäude der Ortskrankenkasse festgehalten, nachdem zahlreiche Personen einige Stunden zuvor durch die Polizei entlassen worden waren. Sämtliche Verhafteten stehen im Verdacht der Vorbereitung einer gegenrevolutionären Handlung. Unter den verhafteten Stahelmern befinden sich zahlreiche Stahelmführer, unter anderem die Landesführer Nowack, Rechtsanwalt Elmann, Dr. Spilner und Ingenieur Seidel.

Der Führer des Landesverbandes Braunschweig des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Studentrat Schröder (Wolfsbüttel) ist, wie die Braunschweigische Landeszeitung aus Wolfsbüttel meldet, festgenommen worden.

Die verhafteten Marschisten setzen sich aus Reichsbannerleuten, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen; unter ihnen befindet sich der Reichsbannerführer H e d e r m a n n, der bereits zugegeben hat, mit dem Stahlhelm Verhandlungen über einen geschlossenen Eintritt seiner verbündeten Organisationen in den Stahlhelm geführt zu haben. Als die Stahelmer-Hilfspolizisten am Montag sahen, daß sie entwandten und verhaftet werden sollten, haben sie zum Teil ihre Gewehre, mit denen sie ausgerüstet waren, zerbrochen.

Aus Kreisen der nationalsozialistischen Partei und der SA wird mitgeteilt, daß dort die Auffassung besteht, von links werde lebhaft versucht, die nationalen Verbände von innen her zu zerlegen und sie gegeneinander zu hegen. Wenn jetzt zum erstenmal der geschlossene Übertritt von Organisationen der Eisernen Front zum Stahlhelm beobachtet worden sei, so sei diese Aktion natürlich durch Einzelintritte vorbereitet gewesen.

In Kreisen der NSDAP ist man der Auffassung, nachdem der Charakter dieser Zerlegung durch Provokateure einmal klar erkannt sei, dürfte die Angelegenheit damit erledigt sein und weitere derartige Zerlegungsmanöver dürften unwirksam bleiben. In Berliner politischen Kreisen erwartet man, daß nach einer Umorganisation des Braunschweiger Stahlhelm das Verbot des Stahlhelm wieder aufgehoben wird.

### 21 Verletzte — Verleibete Marschisten

Bei der Verhaftung der Riezenzahl von Sozialdemokraten, Kommunisten und Stahelmern ist es, wie zuverlässig mitgeteilt wird, nicht ohne Zwischenfälle abgegangen. Bei der Belegung des Hauses kam es zu Zusammenstößen zwischen den Schutzpolizeibeamten und den Inhaftierten des Hauses, wobei es 21 Verletzte gab. Gerüchtweise verlautet, daß auch einige Schüsse abgegeben worden sind. Die Verletzungen sind durchweg leichter Natur. Einer der Verletzten hat allerdings einen Bauchschuß erlitten.

Heroverhoben wird, daß die Schutzpolizei, als sie mit zwei Hundertschaften das Gebäude besetzte, feststellte, daß auf dem Dach des Ortskrankenhausesgebäudes zahlreiche Leute mit dem Gewehr im Anschlag lagen. Es stellte sich heraus, daß einige dieser Personen frühere Schulkollegen und Kommunisten waren. Ueber die Koppeln, die zum Teil auf dem Schloß Sichel und Hammer trugen, hatten die Leute Stahlhelmdäcken gezogen.

35 Reichsbannerleute, die sich in Regenborn bei Holzminnen zum Stahlhelm gemeldet hatten, befanden sich bei ihrer Vernehmung übereinstimmend, nur deshalb in den Stahlhelm eingetreten zu sein, um dort ihre Reichsbannerinteressen gefahrlos vertreten zu können. Angeblich soll bei den Reichsbanner- und SPD-Leuten der Plan bestanden haben, das Regierungsgebäude und das Volkshaus zu besetzen und dann eine Aktion gegen die Führer der NSDAP zu unternehmen.

### Einer Katastrophe entronnen

Zu den Vorgängen schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung“ unter anderem: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, sind wir in Braunschweig mit knapper Not in letzter Stunde einer blutigen Katastrophe entronnen. Hunderte von Marschisten, die sich bereits als Stahelmer wählten, hatten sich bewaffnet und es versteht sich von selbst, daß sie noch in der Nacht zum Dienstag

im ganzen Bereich der Landeshauptstadt in der Maske von Stahlhelmen einzelne Aktionen gegen Nationalsozialisten und deutschnationale Unternehmen hätten. Ingesamt waren nach den polizeilichen Feststellungen gegen Ritternacht im Ortstranstrassenbezirk außer zweihundert Stahlhelmen 1100 Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet. An den fünf Fingern einer Hand kann man sich ablesen, was diese Zusammenballung verbitterter Marxisten für Folgen gehabt hätte. Mitten in den ruhigen und erhebenden Ablauf der nationalen Revolution pläzt dieses graufame Abenteuer, das heute in ganz Deutschland Abscheu und Ekel auslösen wird. Es ist bezeichnend in höchstem Grade für uns Braunschweiger, daß sich die Vorgänge ausgerechnet in unserer engeren Heimat abspielen mußten, in der der nationale Wille erstmalig entscheidend zum Durchbruch kam und in der Hülfe die deutschen Staatsbürgerrechte zugesprochen wurden. Aber in diesem Falle wollen wir uns einmal frei von totem Patriotismus fühlen. Wir müssen jedoch hoffen und darauf bestehen, daß sich Ähnliches nie wieder und nirgends in Deutschland abspielt.

### Selbtes Auffassung

Reichsminister Selbte erklärte zu den Vorfällen in Braunschweig, daß sich in letzter Zeit ein außerordentlich starker Ansturm zu den nationalen Verbänden bemerkbar gemacht habe. Der im Reichstag vom Reichstanzler getane Auspruch, er wolle alle Volksgenossen langsam für sich gewinnen, habe natürlich zur Folge, daß die Leute heute versuchen, in die nationalen Verbände hineinzutreten. Beim Stahlhelm gehe das im Sturm, und um nicht die Lebersticht zu verlieren, habe man allerorts abgedämmt. Die Auswahl unter den Neuanmeldungen erfordere natürlich einen starken Takt des betreffenden Führers. Er habe das Gefühl, daß der Braunschweiger Stahlhelmführer, der übrigens in Wolfenbüttel sitze, mit diesen Vorfällen nichts zu tun habe. Er kenne ihn seit langem als zuverlässigen Mann. Sollten die Vorfälle sich so abgepielt haben, wie die ersten Meldungen berichteten, dann würde er, der Minister, sofort seinen Takt machen.

Wie der Minister noch erwähnte, seien bereits vorher, also unabhängig von den Braunschweiger Vorfällen, die Stahlhelmführer zu einer Besprechung für kommenden Sonntag nach Berlin geladen worden, um über die zukünftige Handhabung von Neuanmeldungen Klarheit zu schaffen.

### Festigung kameradschaftlicher Zusammenarbeit

Amlich wird mitgeteilt: Vormittags fand zwischen Reichsminister Göring und dem Stahlhelmführer Reichsminister Selbte eine Besprechung wegen der Vorgänge in Braunschweig statt. Die eingehende Untersuchung ergab, daß es sich um eine rein lokale Angelegenheit handelt, die im Laufe des Nachmittags von der Reichsregierung in Ordnung gebracht wird. Die Zusammenarbeit von SA, SS und Stahlhelm im gesamten Reichsgebiet wird durch diese lokalen Vorgänge in keiner Weise berührt. Es besteht auf allen Seiten der einmündige Entschluß, die kameradschaftliche Zusammenarbeit dieser Verbände zu festigen und zu vertiefen.

Zur weiteren Klärung der Vorverhältnisse in Braunschweig ist eine Untersuchungskommission mit einem Sonderbefehlsgang von Berlin nach Braunschweig entsandt. U. a. beteiligen sich der Erste Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitersminister Selbte, Major von St. P. h. n. i., der Führer des Stahlhelm-Landesverbandes Brandenburg, und als Bevollmächtigter des Reichsministers Göring Hauptmann a. D. Körner.

## Schluß mit der Hege!

### Boykottanweisung der NSDAP

München, 29. März.

Die Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht einen Aufruf der Parteileitung, der an alle Parteiorganisationen der NSDAP gerichtet ist. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Nationalsozialisten, Parteigenossen, Parteigenossinnen! Nach 14jähriger innerer Zerrissenheit hat das deutsche Volk seine Stände, Klassen, Berufe und konfessionellen Spaltungen politisch überwunden, eine Erhebung durchgeführt, die dem marxistisch-jüdischen Spieß ein Ende bereitet.



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Aber als er jetzt Sonjas schlante Gestalt drüben jenseits der Straße in dem eleganten Sportwagen neben Mario vorbeifliegen sah, konnte er sich nicht helfen: Das Gefühl der Eifersucht gegenüber Mario Bernari wuchs in ihm.

Dieser Bernari war ihm auch sonst schon in der letzten Zeit unangenehm geworden. Er hatte oft einen so spöttischen, überheblichen Ton, als ob er sich über die ganze Filmerei und alle Menschen einschließend seines Generaldirektors lustig machte. Dabei war Breitner es doch gewesen, der ihn aus der Armut herausgeholt hatte, heraufgehoben in Glanz und Reichtum.

Und statt daß Mario Breitner dankbar war, begegnete er ihm mit einer höhnischen Ueberlegenheit, als ob er alles und Breitner nicht wäre.

Und merkwürdig, Sonja sagte, die sonst so Herrische, ließ sich von diesem jungen Leuten mitunter Dinge sagen, die kein anderer Mann ihr hätte sagen dürfen.

Sie bevorzugte Mario höchlich, um seineinwillen hatte sie auch die Einladung des Barons d'Ormesson auf seinen Landsitz in der Bretagne abgelehnt und war mit ihm hierher gegangen, angeblich, weil sie wegen einiger kleiner Magenbeschwerden die heilkräftigen Quellen des hübsch gelegenen Badeortes brauchen wollte. Und Breitner, der schon öfter hier zur Kur gewesen war, hatte sich angeschlossen.

Bald aber war ihm klar geworden, daß es Mario Bernari gewesen, der Sonja bestimmt hatte, die Einladung des Barons abzulehnen, um sie mehr für sich allein zu haben.

Breitners nachdenkliches Gesicht wurde erregt. Er mußte zwar noch nicht, ob er sich entschließen würde, Sonja

In den Wochen nach dem 30. Januar hat sich eine einjährige nationale Revolution in Deutschland vollzogen. Trotz langer schwerer Bedrückungen und Verfolgungen haben die Millionen Massen, die hinter der Regierung der nationalen Revolution stehen, in vollster Ruhe und Disziplin der neuen Reichsführung die legale Deckung gegeben zur Durchführung der Reformen der deutschen Nation als Haupt- und Gliedern. Am 5. März hat die weitläufige überwiegende Mehrheit der wahrheitsliebenden Deutschen dem neuen Regiment das Vertrauen ausgesprochen. Die Vollendung der nationalen Revolution ist dadurch zur Förderung des Volkes geworden.

In jämmerlicher Feigheit haben die jüdisch-marxistischen Bonzen ihre Maßstellungen geräumt. Trotz allem Geldreichtum wagte kein einziger, ernstlichen Widerstand zu leisten. Zum größten Teil haben sie die von ihnen verführten Massen im Stich gelassen und sind unter Annahme ihrer aufgekauften Depots ins Ausland geflüchtet. Nur der beispiellose Disziplin und Ruhe, mit der sich dieser Akt des Unlutes vollzog, haben es die Uebher und Knechte ihres Unglücks zuzuschreiben, wenn sie fast ausnahmslos ungehört sind.

Kaum ein Härchen wurde ihnen getrimmt. Man vergleiche mit diesem Akt der Selbsttötung der nationalen Erhebung in Deutschland etwa die bolschewistische Revolution in Rußland, der über 3 Millionen Tote zum Opfer fielen, und man wird erst erkennen, zu welchem Dank die schuldigen Verbrecher am deutschen Verfall den Kräften der nationalen Erhebung gegenüber verpflichtet wären. Man vergleiche weiter die furchtbaren Kämpfe und Zerstörungen der Revolution dieser November-März selbst, ihre Geisteserhebungen in den Jahren 1918 und 1919, das Niederknien wehrloser Gegner, und man wird wieder den Unterschied zur nationalen Erhebung als einen unerhörten finden.

Die regierenden Männer haben dabei feierlich der Welt verkündet, daß sie mit dieser in Frieden leben wollen. Das deutsche Volk leistet ihnen dabei treue Gefolgschaft.

Deutschland will keine Weltkriegen und keine internationalen Vermittlungen, aber das nationale revolutionäre Deutschland ist fest entschlossen, der inneren Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten. Nun, da die Feinde der Nation im Innern vom Volke selbst unschädlich gemacht worden sind, trifft das ein, was wir längst erwartet hatten. Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anführer, die mit ihren Kapitalen rechtzeitig ins Ausland auswandern, entfallen nun von dort aus eine gewisse landesverräterische Heftkampagne gegen das deutsche Volk überhaupt. Da ihnen das Gügen in Deutschland unmöglich wurde, beginnen sie von den Hauptstädten der ehemaligen Entente aus dieselbe Hege gegen die junge nationale Erhebung, die sie zu Kriegsbeginn schon gegen das damalige Deutschland getrieben haben.

Lügen und Verleumdungen von geradezu haarsträubender Perverftheit werden über Deutschland losgelassen. Greuelmärden von gerichtslosen Judenleiden, von ausgestochenen Augen und abgedachten Händen werden verbreitet zu dem Zweck, das deutsche Volk in der Welt zum zweiten Male so zu verfehlen, wie ihnen dies im Jahre 1914 bereits gelungen war. Millionen unschuldiger Menschen, Wöter, mit denen das deutsche Volk nur in Frieden leben will, werden von diesen gewissenlosen Verbrechern gegen uns aufgehetzt. Die deutschen Waren, die deutsche Arbeit soll dem internationalen Boykott verfallen. Die Not in Deutschland ist ihnen also so klein, sie muß noch größer werden. Sie lügen von Sündern, die gestört wurden von jüdischen Mädchen, die vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt worden seien, von Friedhöfen, die verpöthet sind. Alles nur eine einzige Lüge, zu dem Zweck erfunden, eine neue Weltkriegs-Hege zu entfachen. Wollte man diesem wahrwichtigen Verbrechen länger zusehen, würde man sich zum Mitschuldigen machen.

Die Nationalsozialistische Partei wird nunmehr den Abwehrkampf gegen dieses Generalverbrechen mit den Mitteln aufnehmen, die geeignet sind, die Schuldigen zu treffen. Denn die Schuldigen sind bei uns, sie leben unter uns und mißbrauchen Tag für Tag das Geld, das ihnen das deutsche Volk gewährt hat. In einer Zeit, da Millionen Menschen von uns nichts zum Leben und nichts zum Essen haben, da hunderttausende deutsche Gelbesarbeiter auf der Straße verkommen, lügen diese jüdischen intellektuellen Eliten zwischen uns und nehmen sehr wohl unser Geldrecht in Anspruch.

Was würde Amerika tun, wenn die Deutschen Amerika sich so gegen Amerika veründigten würden, wie diese

Juden gegen Deutschland? Die nationale Revolution ihnen kein Haar getrimmt. Sie konnten ihren Geschäften nachgehen wie zuvor, allerdings Korruption wird ausgeübt, ganz gleich, wer sie begeht. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse oder zur mosaischen Konfession ist so wenig Freibrief für Verbrecher, als es die Zugehörigkeit zu christlichen Konfession oder zu unserm eigenen Volk ist. Jahrzehntlang hat Deutschland neben Fremden vom jüdischen Rasse oder zur mosaischen Konfession ist so wenig Freibrief für Verbrecher, als es die Zugehörigkeit zu christlichen Konfession oder zu unserm eigenen Volk ist. Jahrzehntlang hat Deutschland neben Fremden vom jüdischen Rasse oder zur mosaischen Konfession ist so wenig Freibrief für Verbrecher, als es die Zugehörigkeit zu christlichen Konfession oder zu unserm eigenen Volk ist. Jahrzehntlang hat Deutschland neben Fremden vom jüdischen Rasse oder zur mosaischen Konfession ist so wenig Freibrief für Verbrecher, als es die Zugehörigkeit zu christlichen Konfession oder zu unserm eigenen Volk ist.

Als Dank dafür hegt jetzt, während Millionen eigen Volksgenossen von uns arbeitslos sind und verkommen, Klängel jüdischer Literaten, Professoren und Geschäftsmänner die Welt gegen uns. Damit ist jetzt Schluß.

Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht mehr das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. Wir leben die Not und das Elend unserer eigenen Volksgenossen fühlen uns verpflichtet, nichts zu unterlassen, was eine weitere Schädigung dieses unglücklichen Volkes verhindern kann.

Denn verantwortlich für diese Lügen und Verleumdungen sind die Juden unter uns. Von ihnen geht die Lüge des Hasses und der Lüge gegen Deutschland aus. In ihrer Hand läge es, die Lügen in der anderen Welt zurechtzuweisen. Da sie dies nicht wollen, werden wir sie zurechtzuweisen. Daß dieser Haß und Lügenfeldzug gegen Deutschland nicht gegen das unschuldige deutsche Volk, sondern gegen die verantwortlichen Hege selbst richtet.

Die Boykott- und Greuelhege darf nicht und wird nicht das deutsche Volk treffen, sondern in tausendfacher Schärfe die Juden selbst.

Es ergeht daher an alle Parteidentstellen und Parteioorganisationen folgende

### Anordnung:

1. In jeder Ortsgruppe und Organisationsglieder der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden, die praktische planmäßige Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, daß der Boykott keinen Unschuldigen, um so höher aber die Schuldigen trifft.

2. Die Aktionskomitees sind verantwortlich für die höchsten Schutz aller Ausländer ohne Ansehen ihrer Konfession und Herkunft oder Rasse. Der Boykott ist eine reine Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das deutsche Judentum wendet.

3. Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufführung den Boykott zu popularisieren. Grund: kein Deutscher darf bei einem Juden oder läßt sich ihm und seinen Hintermännern Waren anpreisen. Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen.

4. In Zweifelsfällen soll von einer Boykottierung der Geschäfte solange abgesehen werden, bis vom Aktionskomitee in München eine andersbestimmende Anweisung erfolgt. Vorsitzender des Aktionskomitees ist Parteigenosse Reichner.

5. Die Aktionskomitees überachen auf das Schicksal der Zeitungen, inwieweit sie sich an dem Aufführungs-selbstzug gegen die jüdische Greuelhege im Ausland beteiligen. In Zeitungen dies nicht oder nur beschränkt, ist darauf zu sehen, daß sie aus jedem Haus, in dem Deutschland wohnt, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Annoncen ausgeben. Sie müssen der öffentlichen Berachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Volksgenossen, aber nicht für das deutsche Volk.

6. Die Aktionskomitees müssen in Verbindung mit Betriebszellenorganisationen der Partei die Propaganda der Aufklärung über die Folgen der jüdischen Greuelhege für die Betriebe hineinbringen und besonders die Arbeiter über die Notwendigkeit des nationalen Boykotts als wehrmaßnahme zum Schutze der deutschen Arbeit aufklären.

7. Die Aktionskomitees müssen bis in das tiefste Bauerndorf hinein vorangetrieben werden, um besonders

seine Hand anzutunten — auf keinen Fall aber wollte er, daß ihm ein anderer dazwischen kam, und am allerletzten dieser Mario Bernari, aus dem er erst etwas gemacht hatte und der nichts hatte außer seiner Jugend, seiner Schönheit und einem Namen, den er letzten Endes Breitner verdankte.

Es war doch ein Fehler gewesen, die beiden jetzt allein fahren zu lassen. Breitner sah auf die Uhr, überlegte einen Augenblick und ging dann schnell entschlossen hinüber ins Kasino, von wo ihm die große Wüst der Jagzband-lapelle entgegenlief, die zum Tee auf der blumengeschmückten Terrasse aufspitzte. Er hatte auf einmal alle Lust verloren, sich jetzt schon nachmittags an den grünen Kautschuk zu setzen. Er wollte nur den Bekannten, mit denen er sich verabredet hatte, Bescheid sagen, und dann Sonja und Mario nachfahren.

In dem großen Garten des Karlsbergs war kaum ein Platz unbesetzt. An den runden Tischen mit den lichtgrünen Beendenben saßen helter plaudernde Gruppen von Kurgästen. Die Serviermädchen liefen eilig mit ihren Breitern vom Büffet durch die Gänge und servierten still und geschäftig, was die oft ungeduldrigen Kurgäste befehl hatten. Hinter dem Büffet, neben der Rampe, stand Leni Bindermann und gab durch ein Sprachrohr die Bestellungen in die Küche weiter, die von den schwarzgekleideten Serviermädchen in ununterbrochener Folge gemacht wurden:

„Eine Portion Kaffee, zwei gemischte Eis, ein Kaffee Hag, eine Portion Schlafsäcke ohne Zucker, zwei Streuselkuchen, drei Tee mit Zitronen, eine Schale Dillmilch, ein Brot mit Sandwichen...“ So schloß es immer wieder. Vor der Ausgabe drängten sich die Serviermädchen, Köpfe klirren, Teller wurden gerückt, bis die jungen Mädchen schließlich alle erledigt hatten.

Auf einem etwas erhöhten Platz stand Vore von Hunius. Sie beobachtete mit scharfen Augen die Tätigkeit der Serviermädchen. Wo eine Störung eintrat, wo ein besonders ungeduldiger Gast nicht sofort besorgt wurde,

war sie im Ru zu Stelle. Mit einem unmerklichen Wink der Augen dirigierte sie dann das betreffende Serviermädchen von dem Tische fort, trat mit ihrem lieblichen würdigen Lächeln auf dem blühenden, schönen Gesicht den aufgeregten Gast heran und hatte bald alle feinen Wünsche zu seiner vollkommenen Zufriedenheit erledigt. Als Auto um Auto auf dem Parkplatz vorfahren war immer mehr Menschen zur Kaffeestunde nach dem Karlsbergtamen, gab sie ihren Beobachtungsposten auf. Und bei eilte sie eben so schnell wie die anderen Serviermädchen, um dem schwerbeladenen Brett durch die Reihen der Tische. Wenn sie zur Anrichte hinunterlief, tauchte sie ein lächelndes Bild mit Leni. Ihre glühenden Wangen, ihre fröhlichen Augen zeigten, wieviel Freude ihr diese gewohnte Tätigkeit machte.

„Du, Leni“, flüsterte sie einmal in einer kleinen Atempause, „ich glaube, ich habe heute den besten Verkauf in unserem ganzen Laden! Du wirst mein Geschäft erlösen müssen! Nur das Trinkgeld, das ist eine peinliche Sache. Ich kann es doch den Leuten nicht wieder auf den Tisch zurücklegen. Und behalten kann ich es doch auch nicht. Was ich werde es heute abend unter die Matras verteilen. Die armen Dinger werden auch heute abend ihre Füße nicht mehr spüren.“

„Wird es dir auch nicht zuviel, Verelind?“ fragte Vore Bindermann besorgt und sah in das vor Eisener erhellte blühende Mädchen Gesicht unter dem totenen Häubchen. „Das Schlimmste ist doch nur sicher vorbei. Höre doch auf! Die Matras werden sicherlich auch ohne dich fertig werden. Ich fürchte, du überanstrengst dich.“

Das übermütig lächelnde Gesicht Vores wurde ernst: „Wo denkst du hin, Leni? Wie kann mich etwas überanstrengen, was ich einmal nur zum Spaß und nur für eine paar Stunden mache? Was sollen denn die armen Mädchen sagen, die an Sonn- und Feiertagen von früh bis abends mit den schweren Serviertröcken hin und her laufen müssen? Jetzt beargweibe ich, daß sie oft müde und gespannt sind. Man muß nur einmal eine Sache selbst machen, um zu wissen, wie sie schmeckt.“ (Fortsetzung folgt)

# Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Erstausgabe am 30. März 1933

## Tages-Zeiger

U-Aufgang: 6 Uhr 09 Min. U-Untergang: 6 Uhr 55 Min.

Schwefelwasser:

5.00 Uhr Vorm. — 5.20 Uhr Nachm  
31. März: 5.30 Uhr Vorm. — 5.50 Uhr Nachm.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 verordnet das Staatsministerium für den Freistaat Oldenburg was folgt:

### § 1.

Personen, die am 4. März 1933 der SPD., KPD., dem Reichsbanner, der Eisernen Front oder einer anderen marxistischen Organisation angehört, dürfen bis auf weiteres in nationale Wehroverbände wie SA., SS., Stahlhelm, Kampfbund usw. nicht aufgenommen werden.

### § 2.

Ausnahmen von der Vorschrift des § 1 sind im Landesteil Oldenburg mit Genehmigung des Ministeriums des Innern und in den Landesteilen Lüneburg und Verdenfeld mit Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten statthaft.

### § 3.

Personen, die am 4. März 1933 die im § 1 dieser Verordnung aufgeführten Voraussetzungen erfüllt haben und mittlerweile in einen nationalen Wehroverband aufgenommen worden sind, müssen binnen 14 Tagen aus dem nationalen Wehroverband ausgeschlossen werden.

### § 4.

Ausnahmen von der Vorschrift des § 3 sind im Landesteil Oldenburg mit Genehmigung des Ministeriums des Innern und in den Landesteilen Lüneburg und Verdenfeld mit Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten statthaft.

### § 5.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 bestraft.

### § 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Oldenburg, den 28. März 1933.

Staatsministerium

Röder Paulh

\* Wi sammelt wat to! Osterfär!

Oberreg. Osterfeuer hinterm „Lindenhof“ auf der Wiese des Landwirts G. Freis. Wie es schon 25 Jahre gewesen ist, soll es auch in diesem Jahre sein. Am ersten Oherstag wird in Oberreg. wieder ein großes Osterfeuer abgebrannt werden. Den ganzen Winter sind Holz und Stroh gesammelt, so daß schon jetzt ein großer Haufen zusammen ist. Das Untergesell wartet bereits auf die Last, die es tragen soll. Aber dann fehlt noch etwas — das Geld! Es soll nämlich beim 25. Osterfeuer ein schönes Feuerwerk abgebrannt werden. Daher bitten wir die Einwohner von Elsfleth, die noch einen Groschen oder zwei übrig haben, diesen für das Osterfeuer herzugeben, denn alle haben ihre Freude mit daran. Die Feuerkassen, die schon lange Jahre die Elsflether Werk gestiftet hat, wird dieselben auch in diesem Jahre wieder spenden.

\* Die Pressestelle des Staatsministeriums teilt mit: Die von kommunalistischen und sozialdemokratischen Organisationen veranstalteten „Jugendweifen“ sind im Freistaat Oldenburg verboten.

\* Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden und landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäuden. Von der Handwerkskammer wird uns geschrieben: Durch Befähigung des Reichsarbeitsministers ist die Frist für Einreichung von Gesuchen um Gewährung von Zuschüssen für Instandsetzungsarbeiten sowie Wohnungsneubau und Wohnungseinbau, die ursprünglich bis zum 1. April d. J. dauerte, bis zum 1. Juni 1933 verlängert worden. Die Arbeiten müssen nach der neuen Verfügung spätestens am 1. Juni 1933 begonnen und am 1. September 1933 beendet sein. Durch die Tageszeitung ging die Mitteilung, daß das Land Oldenburg weitere 72 000 RM vom Reich erhalten hat. Diese Mittel sind bestimmt für Wohnungsneubau und Wohnungseinbau. Sie sind durch die bereits vorliegenden Anträge aufgebracht. Der Eingang unvollständiger Gesuche bei der Handwerkskammer ist zur Zeit außerordentlich groß. Es ist daher jedem Gesuchsteller zu empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß die Gesuche ordnungsmäßig mit sämtlichen Unterlagen bei der Handwerkskammer eingehen. Derartige ordnungsmäßige Gesuche werden von der Handwerkskammer bevorzugt bearbeitet. Die anderen erfahren infolge der erforderlichen werdenden Rückfragen in ihrer Erledigung eine Verzögerung, die sich der Antragsteller selbst zuschreiben muß.

\* Die Pressestelle des Staatsministeriums teilt mit: Die ersten Nachrichten über gewisse Vorgänge im Stahlhelm Braunschweig haben veranlaßt, daß der stellvertretende Landesführer des Stahlhelm-Landesverbandes Oldenburg-Ostfriesland in Abwesenheit des Landesführers sowie Kameraden der Kreisgruppenführung Oldenburg am 28. d. M. mittags sofort persönlich bei dem Herrn Ministerpräsidenten vortraten. Sie haben nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen der Bundesführer über Aufnahmen neuer Mitglieder nach wie vor strengstens beachtet werden. Neuzunehmende Mitglieder haben danach grundsätzlich eine dreimonatige Probezeit durchzumachen, in der sie sich voll bewähren müssen. Die Stahlhelmführung verbürge sich dafür, daß die Reihen des Stahlhelm wie bisher von solchen Elementen reingehalten werden, die in die nationale Bewegung des Stahlhelm nicht hineingehören.

\* **Lenkwerder.** Am Sonntag nachmittags kam auf der früheren Reugebauerischen Wiese ein junger Ehe-mann zu Tode, als er die von ihm erworbenen Möhre

ausgrub. Dabei geriet der schwere Kran durch den abgleitenden Sand ins Rutschen und schlug mit voller Wucht auf den jungen Mann, der sofort getötet wurde. Seine Leiche wurde unter großer Mühe unter dem Kran hervor-geholt und in die Leichenhalle geschafft.

\* **Oldenburg.** 28. März 1933. Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zu 1 u. u. N u s v i e h m a r k t. Auftrieb: 87 Stück Großvieh, darunter 9 Kälber.

ES kosteten:  
hochtragende Kühe 1. Qualität . 310—340 RM  
" " 2. Qualität . 270—300 "  
" " 3. Qualität . 200—260 "  
tragende Rinder 1. Qualität . 250—300 "  
" 2. Qualität . 160—240 "  
gütige Rinder " " . 110—190 "  
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt) . 10—20 "  
Ausgeluchte Tiere vereinigt über Notiz,  
Marktverlauf: Schlicht.

\* **Oldenburg.** Im hohen Alter von 97 Jahren in der Hauptlehrer i. R. Hermann Heinrich Wintermann gestorben. Er war der älteste Lehrer in Oldenburg. Seine letzte Stelle war Bimmerleibe bei Osterburg, wo er 1898 in den Ruhestand trat.

\* **Oldenburg.** Der seltene Fall eines Wieder-aufnahmeverfahrens lag der ersten Verhandlung des Schwurgerichts am Montag vormittag zugrunde. Sie betraf den 30jährigen Händler Heinrich Bohlen aus Ziel, der wegen Meineides am 16. Dezember 1931 vom Schwurgericht wegen wesentlichen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und dauernder Eides-unfähigkeit verurteilt worden war. Ein anderer Angeklagter wurde damals freigesprochen, ein dritter nur wegen fehlerhaften Meineides zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden legten Revision ein, das Reichsgericht sprach den 3. Angeklagten frei, verwarf aber die Revision des B. Dieser betrieb unter Nennung neuer Zeugen das Wieder-aufnahmeverfahren mit dem Erfolge, daß jetzt nochmals

## Gingefandt.

Für die hierunter veröffentlichten Eingefandten übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

## Berne

### 1234—1934

Am nächsten Jahre soll die Erinnerungsfeier der 700jährigen Wiederkehr des Stedinger Freiheitskampfes gefeiert werden. Wir haben bisher geglaubt, daß wir hier in Berne auch zum Stedingerlande gehören und darum bei den Vorbereitungen zu der Feier berufen wären, mitzubestimmen. Wir haben geglaubt, daß die Vorbereitungen zu dieser Feier eine Angelegenheit des gesamten Stedingerlandes sei. Was wir bis jetzt erfahren haben, bedeutet eine schwere Enttäuschung.

Wir hören von Vorbereitungen, die vorgenommen werden von einem Kreise, den wir als maßgebend für Stedingen nicht anerkennen, lesen die Namen von Personen, die wir nicht kennen, man erzählt uns von Plänen, die mit wirklicher Heimatabewegung nichts zu tun haben. Ein solches Vorgehen muß sich die Bevölkerung von Stedingen verbitten. Wir erklären alle Pläne und Vorbereitungen, die auf der bisherigen, völlig verfehlten Grundlage zu Stande gekommen sind, für null und nichtig.

Wir verlangen, daß man unter Heranziehung maßgebender Kräfte des gesamten Stedingerlandes auf breiter Grundlage von vorn beginnt. Sollte man unsere Forderung nicht anerkennen, so werden wir eine neue Organisation veranlassen, auf der die Feier aufgebaut wird. Und wir garantieren, daß die Vorbereitungen und die Feier würdig sein werden unter Mitbestimmung und Beteiligung aller Stedingen von Alteneß und Schönmoor im Süden bis Oldenbrok im Norden.

Diesen Kampfplan erlassen wir, weil die Geschichte Stedingen und die Größe der heutigen Zeit ihn von uns verlangen.

Für den Männergesangsverein Fiedertafel, Berne (gegründet 1841)

## S. B e h l e n .

### Konjunktur!

Nun werden sie Alle kommen, die Keiner bis heute gesehen, und mit Unschuldssagen, mit frommen, verhohten nach Pöfischen hpfen . . . Nun werden sie feierlich sagen: „Wir harteten in schweigernder Treu! Wir waren seit ältesten Tagen schon immer im ‚Herzen‘ dabei!“

Doch das w a h r e Dabeisein war bitter, und wir düngten mit Herzblut das Land — Da begegnet' uns keiner der Ritter von der hohen, der offenen Hand . . . Wir kämpften auf bornigen Plätzen und lichtmächt's . . . Beim letzten Schrei der gemordeten Kameraden war keiner von e u ch dabei!

Und Leben entsprang aus dem Sterben, und Blüten aus blutiger Spur — doch i h r sollt die Früchte nicht erben, ihr Schweine der Konjunktur! Fürwahr, ihr bringt uns zum Lachen, ihr „Helden“, geldmehdige Vie: mo ihr glaubt, ein Geschäftchen zu machen, da seht ihr „im Herzen“ dabei!

S p e r b e r. (Aus der Brenntiesel.)

dem flachen Land die jüdischen Händler zu treffen. Grundtätigkeit ist immer zu betonen, daß es sich um eine uns aufzunehmene Abwehrmaßnahme handelt.

8. Der Boykott steht nicht verzerzt ein londerer Schlagartig. In dem Sinne sind augenblicklich alle Vorarbeiten zu treffen. Es ergehen die Anordnungen an die SA. und SS., um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen. Der Boykottbeginn ist durch Plakatschlag und durch die Presse, durch Flugblätter usw. bekannt zu geben. Der Boykott steht schlagartig am Samstag, den 1. April, punkt 10 Uhr vormittags ein. Er wird fortgeführt, so lange, bis eine Anordnung der Parteileitung die Aufhebung befehlt.

9. Die Aktionskomitees propagieren sofort in Zehntausenden von Massenversammlungen, die bis in das kleinste Dorf hineinzuverbreiten haben, die Forderung nach Einführung einer relativen Zahl für die Beschäftigung der Juden in allen Berufen entsprechend ihrer Beteiligung an der deutschen Volksgesamtheit. Um die Stoßkraft der Aktion zu erhöhen, ist diese Forderung zunächst auf drei Gebiete zu beschränken: a) auf den Besuch an den deutschen Mittel- und Hochschulen, b) für den Beruf der Ärzte, c) für den Beruf der Rechtsanwält.

10. Die Aktionskomitees haben weiterhin die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche, der irgendeine Verbindung zum Ausland besitzt, diese verwendet, um in Briefen, Telegrammen und Telefonaten während der Wahrheit zu verbreiten, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen lebhafteren Wunsch besitzt, als in Frieden seiner Arbeit nachzugehen und in Frieden mit der anderen Welt zu leben, und daß es den Kampf gegen die jüdische Greuelhege nur führt als reinen Wehrtampf.

11. Die Aktionskomitees sind dafür verantwortlich, daß sich dieser gesamte Kampf in vollster Ruhe und größter Disziplin vollzieht. Krümmt auch weiterhin keinem Juden ein Haar. Wir werden mit dieser Hege fertig einfach durch die einschneidende Wucht dieser Maßnahmen.

Wehr als je zuvor ist es notwendig, daß die ganze Partei in blindem Gehorham wie ein Mann hinter der Führung steht. Nationalsozialisten, Ihr habt das Wunder vollbracht, in einem einzigen Angriff den Novemberstaat über den Haufen zu rennen, Ihr werdet auch diese zweite Aufgabe genau so lösen. Das soll das internationale Welt-udentum wissen:

Die Regierung der nationalen Revolution hängt nicht im flüchtigen Raum, sie ist der Repräsentant des schaffenden deutschen Volkes. Wer sie angreift, greift Deutschland an! Wer sie verleumdet, verleumdet die Nation! Wer sie bekämpft, hat 65 Millionen den Kampf angefaßt! Wir sind mit den marxistischen Hezern in Deutschland fertig geworden; sie werden uns nicht in die Arme legen, auch wenn sie nunmehr vom Ausland aus ihre völkerverbedröhligen Verrätereien fortführen.

Nationalsozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr wird dasudentum wissen, wenn es den Kampf angefaßt hat.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
Parteileitung.

## Erklärung des Stahlhelm

über die Vorgänge in Braunschweig.

Berlin, 29. März.

Die Reichspressestelle des Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, veröffentlicht zu den Vorfällen in Braunschweig eine Mitteilung, die u. a. befragt, nach dem Bericht des verantwortlichen Landesamtschefs seien in den letzten Wochen überhaupt

nur ganz vereinzelte Aufnahmen in den Stahlhelm erfolgt.

Singenden hätten sich die schriftlichen und persönlichen Anordnungen zum Stahlhelm aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen in letzter Zeit von Tag zu Tag gesteigert und am Montag ein ungeheures Ausmaß erreicht. Es sei selbstverständlich, daß jede Anmeldung zum Stahlhelm zunächst durch Ausfüllung eines Anmeldebogens mit genauer Anschrift festgelegt werde. Ebenso würden bei Anträgen geschlossener Belegstellen oder Gruppen die unangeforderte eingereichten Antragslisten entgegengenommen und aufbewahrt. Diese Anmeldungen als Aufnahmen anzunehmen und zu bezeichnen sei der grundlegende Irrtum, dem die braunschweigische Regierung erlegen sei. Die Annahme der Anmeldung geschlossener Formationen, welcher politischen Richtung diese auch angehört, habe die Stahlhelmführung in Braunschweig ebenso grundtätig abgelehnt wie dies überall im Reich auf Grund einer Verfügung des Bundesamtes abgelehnt werde.

Die erfolgte Aufnahme irgendeiner Marxisten oder gar geschlossener marxistischer Formationen in den Stahlhelm sei schon deshalb ausgeschlossen, weil gemäß den Bestimmungen des Stahlhelm jede Anmeldung einer besonderen sorgfältigen Prüfung unterzogen werde, weil die dann vorgelegenen Aufnahmeanwärter eine mehrmonatige Probezeit durchmachen müßten, und weil diese endlich aus allen Stahlhelmangehörigen zwei anerkannte Bürger beibringen hätten, die sie sich zur Verpflichtung und damit zur Aufnahme stellten.

Die Klärung aller übrigen Fragen warte die Bundesleitung in Ruhe ab.

## Klärung in Braunschweig

Stahlhelmverbote zum 1. April aufgehoben — Ein amtliches Communiqué

Braunschweig, 29. März.

Der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums Dr. Küchenthal, übergab um 22 Uhr der Presse folgendes Communiqué über die Verhandlungen in der Stahlhelmangelegenheit:

Die Reichsregierung erkennt die vom braunschweigischen Innenminister Klages gegenüber dem Stahlhelm, Gau Braunschweig-Stadt, ergriffenen energischen Maßnahmen als berechtigt an.

Nachdem der Reichsarbeitsminister Franz Selde als erster Bundesführer des Stahlhelm die disziplinarische Erziehung der Angelegenheit zugesagt hat und die Gewährung einer illegalen Aktion marxistischer Organisationen dem Reichsarbeitsminister bestätigt ist, wird Minister Klages das für das Land Braunschweig ausgesprochene Verbot des Stahlhelm mit dem 1. April 1933 aufheben.

verhandelt wurde. Der Tatbestand der Anklage sei kurz wiedergegeben. Im Oktober 1929 gehörte der Angeklagte zu einer sich zufällig in einer Wirtschaft in Zetel gebildeten Gesellschaft, die mittels Auto eine sog. Bierreise unternahm. In einer anderen Wirtschaft, Hurling, Wöhlberg, traf mit ihnen der Kaufmann Rogge aus Nürtingen zusammen, der mit seinem Lieferwagen unterwegs war. Als er später wieder einmal dieses Lokal besuchte, unterhielt er sich mit dem Wirt über die gen. Begegnung und erfuhr, daß diese im Besitze einer Kiste Margarine gewesen sei. Da R. eine solche vernicht hatte, verlangte er von den Beteiligten 150 RM Schadenersatz. Es kam darüber zu einem Prozeß, und auch B. bestritt unter seinem Eide, die Margarine aus dem Auto entwendet zu haben. Zu der erneuten Verhandlung, die fast 6 Stunden währte, waren 15 Zeugen, darunter zwei neue, geladen. Die Beweisnahme brachte aber nichts den Angeklagten besonders Entlastendes, auch die neuen Zeugen nicht. Sie scheinen auf große Vorteile für sich geredet und zunächst mehr befunden zu haben, als sie jetzt unter Eid verantworten konnten. So endete die Verhandlung mit der Wiederurteilung des Angeklagten zu den genannten Zuchthausstrafe mit den Nebenstrafen. Die zweite Sitzung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Wegen Meineides war die 1895 in Oldenburg geborene und dort wohnhafte geschiedene Ehefrau Antonie Böhrer geb. Schlärmann angeklagt. Sie unterließ sträflichen Verkehr mit einem Manne, dessen Ehe inzwischen geschieden wurde, bestritt solchen aber zweimal unter ihrem Eide. Die Beweisnahme zeichnete ein Bild sittlicher Verkommenheit. Die Eifersucht spielte ihre Rolle, und als die Angeklagte von dem betr. Manne verlassen war, drohte sie mit einer Anklage gegen ihn, die aber keinen Grund hatte. Nun wurde der Spieß umgedreht, der Mann zeigte die Frau wegen Meineides an und das Ende war für sie in Rücksicht auf den Milderungsparagraphen 157 zwar nur eine Gefängnisstrafe, aber eine solche von 13 Monaten, 2 Wochen und 3 Jahre Ehrverlust. — Die 3. Sitzung hatte schwere Verfehlungen der Ehefrau Gesina Thode aus Vöningen abzuurteilen. Sie stand unter der Anklage, in mehreren Fällen gegen Ehrgelt Abstreifungen vorgenommen und dadurch in 2 Fällen den Tod der von ihr behandelten Frauen schuldhaftig verursacht zu haben. Die Angeklagte ist Mutter von 6 Kindern und läßt seit 25 Jahren ihren verantwortungsvollen Beruf in Vöningen aus. Sie bestritt entschieden ihn in der ihr vorgeworfenen Weise mißbraucht zu haben. Zu der Verhandlung waren 15 Zeugen und 3 Ärzte, darunter auch Landesarzt Obermedizinalrat Dr. Schläger, Oldenburg, geladen. Sie fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und fiel keineswegs zu Gunsten der Angeklagten aus. Sie hat sich ihre „Hülfe“ teuer bezahlen lassen, in zwei Fällen nahm sie jedesmal 100 RM. Eine der Verstorbenen hat ihrem Bräutigam gegenüber alle Einzelheiten der ihm widerfahrenen Behandlung seitens der Angeklagten mitgeteilt. Die andere Verstorbenen war bei der Angeklagten als Stundenmädchen im Dienst. Da sie Aussagen nicht mehr gemacht hat, war der Beweis gegen die Angeklagte hier nicht als erbracht zu erachten. Freilich hält der Staatsanwalt die Angeklagte im ganzen Umfange der Anklage für überführt und beantragt 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkannte eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten und den beantragten Ehrverlust. — Anklage zum Meineide war Gegenstand der 4. Sitzung. Es handelte sich um den 1908 in Nordenham geborenen, in Oldenburg wohnenden Hilfsarbeiter Johann Eysenmann. Er beging im August v. J. bei einem Tanklokal in Oldenburg den Diebstahl einer Fahrradlampe und war dabei von einem Malerlehrling beobachtet worden, der ihn bestimmt erkannt hatte. Th. wurde des Diebstahls angeklagt und auf den 18. Oktober vor das Amtsgericht Oldenburg geladen. Einige Tage vorher suchte er den Verleumdung und veranlaßte ihn durch Drohungen zu dem Versprechen, der Wahrheit zuwider als Zeuge auszusagen zu wollen, daß er sich in der Person geirrt habe, Th. sei der Täter nicht gewesen. Die Verhandlung wurde abgebrochen und sowohl gegen den Verleumdung als gegen Th. ein Verfahren wegen Meineides bzw. Anklage dazu eingeleitet. Bereits vor einigen Wochen sollte die Strafkammer gegen Th. verhandeln. Sie erklärte sich aber für unzuständig, und so kam die Sache an das Schwurgericht. Der Verleumdung war inzwischen vom Jugendgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er bleibt dabei, daß Th. es doch gewesen sei, daß er ihn aber auch noch auf dem Flur des Amtsgerichtsgebäudes kurz vor der Verhandlung die von ihm gewünschte Aussage genau vorgeprochen habe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht hat für angemessen, spricht aber dazu dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren und die Eidesfähigkeit dauernd ab.

**§ Oldenburg.** Vom rechten Wege abgekommen sind trotz ihrer Jugend die Landwirtschaftergehilfen Richard Engelbaas, geboren 1913 in Heinefelde bei Wildeshausen und Karl Pöhliger, geboren 1911 in Osnabrück. Beide sind bereits vorbestraft und werden aus der Haft vorgeführt. Sie sind geständig, gemeinsam in der Nacht zum 17. Dezember 4 Pfund Butter des Landwirts Oberholz, die in einem Milchkeffel an der Strafe aufbewahrt wurden, entwendet und in der Nacht zum 15. Dezember einen Einbruch in das Haus des Landwirts Behrens zu Olane versucht zu haben. In diesem Falle hatten sie es auf Nahrungsmittel abgesehen, wurden aber gefaßt. Ferner hat E. aus der Kasse des Wirtes Wichmann in Döllingen einen Winterüberzieher im Werte von 80 RM, der einem Bankbeamten gehörte, entwendet, auch ließ er Fahrräder, die vor Wirtschaften in Harpsiedt standen, zu zwei verschiedenen Malen mitgehen. S. hat ebenfalls in Harpsiedt, Hoyerstraße und Wildeshausen je ein Fahrrad gestohlen. Schließlich nahm er noch, als er in Bremen war, ein vor dem Hauptbahnhof stehendes Fahrrad eines Arbeiters mit. Beide wollen aus Not gehandelt und die Räder verkauft haben, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu bekommen. Da wegen der gemeinsam begangenen Diebstahle kein Strafverfahren gestellt war, ließ das Gericht dieselben die Anklage

fallen. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der beiden eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Das Gericht ließ sie je mit 6 Monaten Gefängnis davon kommen. — Ebenfalls aus der Haft vorgeführt wurden der vielfach vorbestrafte kaufmännische Angestellte Siegmund Schubert, geboren 1908 in Stralund, der wegen Diebstahls vorbestrafte Bäckerlehrling Helmut Wegel, geboren 1909 in Dresden und der unbestrafte Schneidergeselle Bernhard Wortmann, geb 1906 in Hagen. Ihnen wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 11. Januar in der Tannenstraße zu Wersten in die Filiale des Konsumvereins eingedrungen zu sein, indem sie mittels Nachschlüssels oder Dietrichs die Tür öffneten. Da es ihnen nicht möglich war, die Tür zum Laden aufzubrechen, auch nicht durch den Keller dorthin zu gelangen, nahmen sie aus der Waschküche ein Fahrrad mit, das dem Schlachter Schöne gehörte. Alle Angeklagten bestritten dies, werden aber durch Zeugen, die sie in der Nacht beobachtet haben, überführt. Sch. der sich recht frech in der Verhandlung benahm, will sinnlos betrunken gewesen sein. Das gestohlene Rad wurde am anderen Tage in der Kleinen Kirchenstraße liegend vorgefunden. Da Sch. als rückfälliger Einbrecher nach dem Gesetz mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft werden müsse, will der Staatsanwalt hier mildernde Umstände zubilligen, da das Rad einen geringen Wert hatte und beantragt gegen ihn 1 Jahr 3 Monate, gegen Weg. 6 Monate und gegen Wo. 3 Monate 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erkennt die beantragte Strafe gegen Sch. und läßt Weg. mit 3 Monaten und Wo. mit 2 Monaten Gefängnis davon kommen.

**\* Oldenburg.** Der Landesverband oldenburgischer Großhändler e. V. hielt am Donnerstag, dem 23. März, seine Jahresvollversammlung in der Industrie- und Handelskammer Oldenburg ab. Zunächst wurden die Regularien erledigt. Der Rechnungsabluß wurde genehmigt, und die Wahl eines Kassensprüfers vorgenommen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Kaufmann Anton Becker in Fa. Anton J. Becker, Oldenburg; Stellvertretende Vorsitzende: Kaufmann August Cassens in Fa. August Cassens, Oldenburg, Kaufmann Clemens Siebrad in Fa. El. Siebrad & Co., Oldenburg; Schriftführer: Syndikus Dr. Habeler, Oldenburg; Schatzmeister: Kaufmann Wilhelm Janßen in Fa. Bulling & Janßen, Oldenburg; Beisitzer: Kaufmann Otto Hoyer, Oldenburg, Kaufmann W. Vogemann, Oldenburg, Kaufmann C. Diekmann, Nordenham, Kaufmann W. H. Minßen, Jever, Kaufmann Max Widdendorff, Vedda. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Herr Otto Hoyer, hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend sprach Herr Steuerhauptschreiber Metalaß über die den Großhändler besonders interessierenden Steuerfragen, insbesondere über die Umsatzsteuer, Hauszinssteuer, Gewerbesteuer usw. und kam hierbei auch auf die neue Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen aus dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und der Rechtspflege vom 18. März d. J. zu sprechen. In der sich anschließenden Aussprache wurde von Mitgliederseite darauf hingewiesen, daß derartige Auflagen, wie sie durch die Vorträge gegeben wurden, für den Großhandel von unangenehmen Werten seien. Weiter wurde eine Reihe von Wünschen und Anregungen für die Gestaltung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung geäußert, insbesondere auch auf steuerlichem Gebiete. Der Verband stellt sich geschlossen hinter die nationale Regierung. Er spricht dabei die Hoffnung aus, daß dem Großhandel die ihm in der Volkswirtschaft zunehmende Stellung im Wirtschaften erhalten und durch die erfrische, wachsende Kaufmann, der seinem eigenen Betrieb vorsteht und dessen eigenes Kapital dauernd gewagt wird, endlich wieder zu seinem Recht kommt. Es wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß endlich einmal eine vernünftige und endgültige Gestaltung der Umsatzsteuer erfolgen, und daß das ständige Experimentieren auf diesem Gebiete aufhören müsse. In der weiteren Aussprache wurde die bisherige Kartellpolitik der früheren Reichsregierungen angeknüpft und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß hier eine für den Großhandel günstigere Gestaltung in Zukunft erfolgen möge. Der Verband vertritt einmütig den Standpunkt, daß Subventionen irgendwelcher Art den Wirtschaftsunternehmen, gleichwie in welcher Form diese bestehen, künftig nicht gegeben werden sollten. Einheitspreisgeschäfte und Filialgeschäfte sind nicht durch die Gewerbesteuer, sondern durch eine stärkere Heranziehung zur Umsatzsteuer steuerlich in dem erforderlichen Umfange heranzuziehen. Die Besprechung verschiedener Vorschläge bildete den Abschluß der Verhandlungen. Beschwerden wurden über die Mietverträge für Fernsprechanlagen geführt. Der Verband wird diesen Beschwerden nachgeben. Weiter wurde auf die Neueinrichtung der Verbindung von Postgut hingewiesen. Postgut ist bei allen Postanstalten bei gleichzeitiger Einlieferung von mindestens 5 Sendungen nach demselben Bestimmungsort zugelassen. Beim Versand von Oldenburg nach Bremen wird Postgut ohne Rücksicht auf die Zahl der angelieferten Sendungen angenommen. Die anregende Versammlung wurde von dem neugewählten Vorsitzenden, Herrn Becker, mit der Zusicherung geschlossen, fortan häufiger Mitgliederveranstaltungen mit Berichten über die Wirtschaftslage und allgemeine den Großhandel interessierende Fragen stattfinden zu lassen. Jeder Großhändler hat durch den Verband große Vorteile, so daß er unbedingt dem Verbandsangehören sollte, soweit dies nicht bereits der Fall ist.

**Bremen.** Montag morgen wurde von der hiesigen Kriminalpolizei auch der zweite Mörder des Gendarmierkommissars Hedemann, der Autoshaffner Aloisius Scholz, in der Wohnung seiner Eltern in Borgfeld verhaftet. Scholz ließ sich, ohne Widerstand zu leisten, festnehmen.

**Bremen.** Um dem Unwesen des Doppelverdienstums zu steuern, hat der Senat beschlossen, die Pension, die der Direktor der Oststranctankasse, Rhein, als ehemaliger Senator bezieht, zu streichen. Weiter wird die Sonderzulage, die dem Direktor der Beleuchtungs- und Wasserwerke, Dr. Schütte, über sein Gehalt hinaus bezieht wurde, aufgehoben. In Aussicht genommen wurde, die

Gehälter der bremischen Senatoren auf das Maß zu zuführen, das auch in anderen deutschen Ländern nationalen Regierungen angewandt wird. Ein in Vorbereitung befindliches Gesetz soll die Pensionen für bremischen Senatoren neu regeln. — Im Rahmen einer Nebenstelle der Städtischen Sparkasse raubten junge maskierte Leute 1500 Mark und stützten mit Beute in dem am Morgen gestohlenen Personenzugwagen 58 13 196.

**Bremerhaven.** Ein für Bremerhaven bestimmter und mit modernen Einrichtungen versehener Fischdampfer der auf der Friedrichswerft in Einswarden erbaut wurde erhält den Namen „Adolf Hitler“. Den Taktort „Gauler“ in Vertretung des Reichskanzlers nehmen. Im Laufe des Monats April dürfte der Dampfer seine erste Fangreise antreten. Die Fischdampfer in Wesermünde hat ihre drei angelaufenen Fischdampfer in „Hauptmann Göring“, „Dr. Friedl“, „Otto Telschow“ umgetauft.

**Diepholz.** Nachdem erst vor kurzem in Hannover Ströbren von Beamten der Zollfahndungsstelle Hannover eine Schwarzbrennerei ausgehoben worden war, ist ein gleicher illegaler Betrieb etwa drei Kilometer von Hannover entfernt, auf westfälischem Gebiete entdeckt worden. Die Schwarzbrennerei, die teilweise aus Hannoverischer Ströbren identisch sind, ist aus Furcht vor Verrat der Brennerei abgebaut. Die sämtlichen Teile konnten herbeigeschafft werden. Versteigerung des Spreits ist teilweise „Verdeuzung“ worden.

**Kirchliche Nachrichten.**  
Freitag, 31. März, abends 8 Uhr: **Passionsgottesdienst**

Zu vermieten das in Vienen belegene Witwe Wüßing'sche

**Haus mit Garten**  
Näheres  
**B. Glogstein, Aukt.**

**Verkaufe zu Sonnabend**  
**prima Kalbfleisch**  
Pfund 60 bis 75 Pfg.

**prima Schweinefleisch**  
Pfund 70 bis 80 Pfg.

Nehme Fleischarten in Zahlung  
**KRUSE, Steinstr. 37**

**Eisenbahner-Verein**

Sonntag, den 2. April, nachmittags 5 Uhr

**Versammlung**  
in Verne (Bahnhof)  
Zugfahrt wird erstattet  
**Der Vorstand**

Zu vermieten abschließend

**Unterwohnung**  
Mühlenstraße

Verkaufe am Sonnabend für fremde Rechnung

**prima Schweinefleisch**  
Pfund 65 bis 75 Pfg.

Vorch. Bestellungen erbeten  
**Karl Brumm**

**Unterwohnung**  
3 Zimmer und Küche  
Zentrum gelegen,  
1. Mai 1933 zu vermieten  
Wo? sagt die Geschäftsstelle



Sonnabend, 1. April, ab 14 Uhr

**Arbeitsdienstag**  
für alle Aktiven. Sparten mitbringen.  
Ab Sonnabend im Bootshaus geöffnet.  
**Der Vorstand**

**Glückwunschkarten**  
zur Konfirmation  
mit Namensaufdruck  
fertigt an  
**Buchdruckerei L. Zirk**

**Verein der Freunde der Seefahrtschule**  
Der Oldenburger Fring spielt **Sonnabend den 1. April d. J., 20 Uhr, im „Tivol“** die neue Turnnummerie von August Sirtz

**Wenn de Hahn kreih**  
Im Anschluß daran findet ein **TANZ** statt  
Die Mitglieder der Vortagsvereinigungen haben freien Eintritt, die Vereinsmitglieder zahlen **0.75 RM** und Nichtmitglieder **1.25 RM**. Das Tanzband besteht für Damen und Herren **0.50 RM**.

Um zahlreichen Besuch wird freundlichst gebittet  
**Der Vorstand**